## I1 Ist Corona weiblich? Was Frauen in der Krise leisten und warum wir mehr wollen als Applaus

**Gremium:** LAG Frauen- und Gleichstellungpolitik
**Beschlussdatum:** 25.06.2020

Die Corona-Krise lässt uns die Verhältnisse in unserem Land wie unter einem Brennglas sehen und vieles spricht dafür, dass Corona „weiblich“ ist. Wir sollten dieses Zeitfenster nutzen, damit ‚systemrelevant’ kein Lippenbekenntnis bleibt.

Und genau mit diesen systemrelevanten Berufen, die wir auch in einer Phase absoluten Stillstands wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens benötigen, müssen wir beginnen. Es hat sich gezeigt, dass in diesen Berufen mehrheitlich Frauen tätig sind: Das betrifft den Lebensmitteleinzelhandel, die Krankenhäuser, Kindergärten oder Vorschulen. In einem durchschnittlichen deutschen Krankenhaus sind mehr als drei Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiblich. In der Krise haben diese Frauen weiterhin Arbeit und Einkommen, allerdings auch weniger Schutz vor Ansteckung als der Rest der Bevölkerung.

Nicht nur im Beruf, auch zuhause halten Frauen häufig den Haushalt zusammen. Oft fallen Eltern durch die Krisensituation in traditionelle Rollenmuster zurück. Frauen sind es dann, die sich um die Kinder kümmern, während die Schulen und Kitas und Horte geschlossen sind. Besonders betroffen sind dabei Ein-Eltern-Familien. Extreme Belastungen entstehen für diese zusätzlich durch befristete Arbeitsverträge. Sie sind besonders oft in ohnehin prekären Beschäftigungsverhältnissen und mit der Sorge der Unwägbarkeiten krankheitsbedingter Ausfälle unter extremem Druck.

Aber es gibt auch den entgegengesetzten Trend: Manche Familien berichten, dass die neue Klassifizierung eines traditionellen Frauenberufs (z.B. Kassiererin) auch Veränderungen in der Partnerschaft und im Familienleben gebracht hat. Partner*innen fanden sich in ungewohnter Rolle und mussten das Familienleben zuhause einige Wochen „hauptamtlich“ gestalten.

**Frauen nutzen Chancen, die in der Krisensituation stecken**

Wichtig ist, dass wir jetzt Weichen dafür stellen, dass Frauen gestärkt und nicht als Verliererinnen aus der COVID19-Krise hervorgehen. Das ist keineswegs selbstverständlich, betrachtet man nur die Expert*innen oder eher gesagt

Experten der aktuellen Situation. Es dominieren Männer als Politiker und Wissenschaftler bei der Einordnung und Bearbeitung der Covid-19-Pandemie. Dabei gibt es genügend Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen. Wo sind darüber hinaus die Pflegerinnen, Krankenschwestern, pädagogischen Fachkräfte, Jugendamtsmitarbeiterinnen, Friseurinnen und Supermarktkassiererinnen in den Talkshows, die von ihren Herausforderungen und Erfahrungen berichten und ihre Forderungen für ein besseres Arbeiten formulieren? Wir wollen, dass am Ende mehr als ein Klatschen für Frauen herausspringt, wir fordern tatsächliche Verbesserungen ein:

- Frauenstreik – Nach der Überwindung der akuten Corona-Notsituation rufen wir zu einem landesweiten Streik nach dem Muster Spaniens auf. (Frauenstreik 2018 unter dem Motto „Wenn die Frauen streiken, steht die Welt still“.) Auch Frauen in Bayern gehen nach dieser Krise nicht kampflos in die alte Situation zurück.

- Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro – gerade Frauen arbeiten zu zwei Dritteln im Bereich der prekären Beschäftigung und im Niedriglohnsektor

- Eine klare Neuordnung der Gehälter nach dem Modell des „Comparable Worth Index“ u.a. entwickelt von Ute Klammer (Universität Duisburg). Traditionelle Frauenberufe bzw. Berufe in denen überwiegend Frauen arbeiten werden in unserem gesellschaftlichen System schlechter bezahlt als ähnlich fordernde Berufe mit hohem Männeranteil. Jobs sollen demnach gemäß Verantwortung und nicht nach Image bezahlt werden. Menschen und das Knowhow in den Köpfen sind wichtiger als Produkte.Das sollte das Motto des nächsten Equal Pay Days 2021 werden.

- Das Entgelttransparenzgesetz und die Begrenzung auf Unternehmen ab einer gewissen Größe hat sich als nicht zielführend herausgestellt. Dieses muss daher auch auf kleinere Unternehmen erweitert werden. Wir fordern in diesem Zusammenhang daher auch die proaktive Veröffentlichung von Durchschnittsgehältern eines Unternehmens.

- Die systemrelevanten Bereiche müssen stärker in die Tarifbindung genommen werden. Wir werben bei Arbeitnehmer*innen für eine stärkere gewerkschaftliche Organisation, denn nur so wird die Aufwertung von Jobs gelingen. Mit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Tarifvertrag für alle nicht tarifgebundenen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen einer Branche für allgemeinverbindlich erklären. Wir unterstützen die Forderung des DGB, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärung im Tarifausschuss nur mit Mehrheit abgelehnt werden kann, statt dass wie bisher mehrheitlich zugestimmt werden muss.

- In der Pflegebranche geht es sowohl um das Gehalt als auch die

Arbeitsbedingungen, ein einmaliger Corona-Bonus reicht nicht, sondern die krisenbedingte Aufwertung muss langfristig beibehalten werden. Wir brauchen daher einen Personalschlüssel und Dienstpläne, die der einzelnen Pflegekraft auch feste freie Tage und Planbarkeit ermöglichen. Darüber hinaus ist es auch hier an der Zeit, nicht nur einen einmaligen Corona-Bonus auszuzahlen, sondern die Gehälter aufzuwerten.

- Auch die in privaten Haushalten beschäftigten Pflegekräfte sind systemrelevant. Es kann nicht sein, dass Spargelstecher*innen für die Landwirtschaft eingeflogen werden, aber Familien und insbesondere Frauen, deren Pflegekräfte nicht einreisen dürfen, alleingelassen werden.

- In den Bereichen von Familien- und Jugend- sowie Eingliederungshilfe, Assistenzleistungen und existenzsichernden Diensten werden in erheblichem Maß individuelles Leid und enorme Folgekosten für die Gesellschaft abgewendet: Die Refinanzierung dieser Hilfen muss krisensicher gestaltet werden: Eine Kürzung dieser Leistungen lehnen wir ab.

- Die Chancen des Home-Office sollten wir für die Zukunft nutzen: Viele Arbeitgeber*innen haben nun die Erfahrung gemacht, dass es geht und sie ihren Mitarbeiter*innen vertrauen können. Wir unterstützen daher ein Recht auf Home-Office. Zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit darf dies aber nicht führen. Home-Office kann auch Kinderbetreuung nicht ersetzen oder parallel neben Familienaufgaben erledigt werden. Hierbei muss auch die Ausstattung der Arbeitsplätze so gestaltet sein, dass auch und gerade in Krisenzeiten die Arbeitserbringung sichergestellt ist.

- Wir wollen eine gesellschaftliche Debatte darüber, welche Maßnahmen geeignet sind, um das Verständnis für soziale und systemrelevante Berufe zu erhöhen. Es muss z.B. evaluiert werden, wie sich die Gesellschaft nach dem Ende des Zivildienstes und mit dem Bundesfreiwilligendienst entwickelt hat. Wie viele Menschen nehmen den Bundesfreiwilligendienst wahr? Je nach Ergebnis kann ein Solidardienst (z.B. sechs Monate) für junge Menschen diskutiert werden. Dabei ist für uns klar, dass der Bundesfreiwilligendienst nicht als Ersatz für qualifizierte Arbeitnehmer*innen im Care-Bereich gesehen werden darf.

- Auch für Politiker*innen wird eine jährliche Praxiswoche in der Pflege, dem Krankenhaus, dem Handwerk oder der Landwirtschaft oder anderen systemrelevanten Bereichen empfohlen. Der Bayerische Landesverband der Grünen ruft seine Mandatsträger*innen aus Bund und Land zur konzertierten Praxiswoche auf.

## Unterstützer*innen

Barbara Poneleit (KV Forchheim), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Maria Regina Feckl (KV Erding), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Volker Poneleit (KV Forchheim), Norbert Waibel (KV München), Doris Wagner (KV München), Alexander Merkouris (KV Ingolstadt), Susanna Scherer (KV Aschaffenburg-Land), Heike Dietrich (KV Weilheim-Schongau), Barbara Fuchs (KV Fürth-Stadt), Katharina Wittig (KV München), Uschi Sorg (KV Weilheim-Schongau), Lisa Badum (KV Forchheim), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Judith Bogner (KV Mühldorf), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Doris Kienle (KV Unterallgäu), Catherine Lodge (KV München), Ami Lanzinger (KV Erding), Victoria Broßart (KV Rosenheim), Sophia Aigner (KV Mühldorf), Oliver Haas (KV München), Christian-Ulrich Sauter (KV Erlangen-Stadt), Marion Lüttig (KV München)